# Allgemeiner Anzeiger

## Nachrichten für das märkische Sauerland

**Gegründet 1901**

**Bezugsgebühren:**
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

**Anzeigenpreise:**
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 32 | Halver, Donnerstag, den 8. Dezember | 1949


# „Wir sind absolute Gegner des Krieges"

### Adenauer macht die Alliierten für unsere Sicherheit verantwortlich

dp. Bonn, 7. Dezember.

**„Wir sind absolute Gegner des Krieges", erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer am Mittwoch auf einer Tagung der CDU in Düsseldorf. „Nachdem, was geschehen ist, wenden wir uns wirklich mit Abscheu vom Kriege ab." Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß sein Interview über das Thema Remilitarisierung in einer amerikanischen Zeitung falsch wiedergegeben wurde. Dieses Gespräch habe auf ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Besatzungsbehörden stattgefunden. Dr Adenauer betonte erneut, daß die Alliierten auch für die Sicherheit Deutschlands verantwortlich seien.**

**In Anbetracht der „Volksarmee" in der Sowjetzone müsse man den Alliierten zurufen, „Ihr dürft uns nicht ohne Schutz lassen." Man könne von den Deutschen einen Dienst in fremden Armeen nicht verlangen. „Wir wollen keine Söldner und keine Landsknechte." „Wenn eine europäische Föderation aber von Deutschen verlange, zum Schutze Europas beizutragen, dann könnten unter Umständen Deutsche genau so wie die Engländer, Franzosen oder Angehörige anderer europäischer Nationen an einer europäischen Streitmacht beteiligt werden.**

Der Bundeskanzler appellierte an die Oeffentlichkeit in Frankreich, England und den USA, den „Spektakel der SPD" zu dem kürzlich abgeschlossenen deutsch-alliierten Abkommen nicht ernst zu nehmen. Dieses Abkommen werde von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes begrüßt. Es sei das historische Verdienst der CDU, daß bedeutende Industriewerke vor der Demontage gerettet worden und daß tausende von Arbeitern ihre Arbeitsplätze behalten. Der britische Hohe Kommissar Sir Brain Robertson habe seinerzeit im Auftrage Außenministers Bevin darauf hingewiesen, daß die Demontagefrage nur gelöst werden könne, wenn Deutschland in der Sicherheits- und Ruhrbehörde mitarbeite. Wenn die Bundesregierung darauf nicht eingegangen wäre, sagte Dr. Adenauer, wäre die Demontage radikal beendet worden.

Eine deutsche Beteiligung an der Ruhrbehörde wäre im übrigen auch dann erwogen worden, wenn die Demontagen in diesem Zusammenhang nicht zur Debatte gestanden hätten.

Bundeskanzler Dr. Adenauer nannte im übrigen das

**Gerücht von der bedrohten Koalition „restlosen Unsinn".**

Diese Auffassung war dadurch entstanden, daß der stellvertretende Landesleiter der FDP, Bundestagsabgeordneter Dr. von Rechenberg erklärt hatte, wenn die CDU für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben stimme, werde die FDP aus der Koalition austreten. Dr. Adenauer sagte dazu, er habe dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Boeckler zugesichert, daß die Bundesregierung alle wirtschaftspolitischen Fragen mit den Gewerkschaften besprechen werde und er sei gewiß, daß sich die Bundesminister in den bevorstehenden wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik verständigen werden.

Dr. Adenauer wurde auf der Landestagung wieder zum Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen gewählt.

## Adenauer erneut auf dem Petersberg

dp. Bonn, 7. Dezember

Bundeskanzler Dr. Adenauer wird am Donnerstagnachmittag zu einer Besprechung mit den alliierten Hohen Kommissaren auf den Petersberg bei Bonn fahren. Es ist die erste Unterredung seit dem Abschluß und der Veröffentlichung des Deutsch-alliierten Protokolls. Von alliierter Seite wird betont, daß weitere Unterredungen des Kanzlers mit den Alliierten vorgesehen seien. Über das Thema der Konferenz wird strengstes Stillschweigen gewahrt.

## Zunächst ein Frieden ohne Vertrag

### Die Westmächte beraten über die Beendigung des Kriegszustandes

dmt. Washington, 7. Dezember.

**Auf einer Pressekonferenz erklärte der USA-Außenminister Acheson, daß zur Zeit die Frage einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland von den USA, Großbritannien und Frankreich geprüft würde. Er erinnerte daran, daß nach den ersten Weltkriegen der Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten durch einen Kongreßbeschluß vor Unterzeichnung des Friedensvertrages beendet worden sei. Die Beendigung eines Kriegszustandes brauche deshalb nicht unbedingt durch einen Friedensvertrag zu erfolgen, sondern könne auch durch einen Schritt des Präsidenten oder des Kongresses herbeigeführt werden. Da die Frage jedoch mit großen juristischen Schwierigkeiten verbunden sei, werde sie im USA-Außenministerium in Zusammenarbeit mit dem General-Staatsanwalt geprüft werden, erst später würden dann die Sachverständigen der einzelnen Regierungen ihre Ansichten austauschen.**

Zur Chinafrage erklärte Acheson, daß es noch verfrüht sei, das kommunistische Regime in China anzuerkennen oder auch die Anerkennung zu erörtern.

## Juristen beraten

rs. Paris, 8. Dezember.

**Eine Konferenz amerikanischer, französischer und britischer Juristen ist für Anfang Januar vorgesehen. Die Juristen sollen eine Lösung der Frage finden, wie man eine Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland erklären kann, ohne die Besatzungstruppen aus Deutschland zurückzuziehen, was — wie man hinzufügt — unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage auch nicht im wohlverstandenen Interesse Deutschlands wäre. Man spricht von einem Uebereinkommen zwischen den drei Westmächten und Bonn, durch das die Bundesregierung ihr Einverständnis erklären würde, daß auch im Falle einer Aufhebung des Kriegszustandes die alliierten Besatzungstruppen weiterhin in Westdeutschland verbleiben. Man betont jedoch, daß keineswegs an die Unterzeichnung eines Separatfriedensvertrages gedacht sei.**

---

**Der Ministerpräsident der Ostzonenrepublik, Otto Grotewohl,** wird wegen eines Nervenzusammenbruches in ein russisches Militärhospital eingeliefert. Sein Stellvertreter, Walter Ulbricht, wird seine Amtsgeschäfte übernehmen.

## Die Ruhrbehörde wartet auf Deutsche

### Die vorbereitenden Arbeiten sind abgeschlossen

Von unserem Mitarbeiter

ge. Düsseldorf, 7. Dezember.

„Wir sind mit unseren vorbereitenden Arbeiten fertig und warten nun auf die Deutschen", erklärte ein Mitglied des Generalsekretariats der Ruhrbehörde unserem Korrespondenten, „denn ohne die deutschen Mitarbeiter sehen wir keine Möglichkeit, zu einer Synthese zwischen der Verteilung von Kohle und Stahl und der großen europäischen Zusammenarbeit zu kommen." Die Ruhrbehörde wolle die europäische Gemeinschaft.

Als zur Zeit schwierigste Aufgabe empfinden die internationalen Beamten dieser Behörde die Feststellung der „wirtschaftlichen Diskriminationen" oder diskriminierenden Lohn-, Preis-, Zoll-Maßnahmen etc. Artikel 15 des Statuts verlangt dies als zweite Hauptaufgabe nach der Aufstellung der Produktion (Artikel 14) und vor dem Schutz der ausländischen Interessen (Artikel 16). Infolge ihrer niedrigen Löhne kann die deutsche Schwerindustrie billiger arbeiten als die übrigen europäischen Industrien. Ein Bericht der Hohen Kommission, den die Oeffentlichkeit am 1. Januar 1950 kennenlernen wird, befaßt sich bereits mit diesem Problem und wird in der Ruhrbehörde diskutiert. Daß deutsche Fachleute hier ihre Meinung in die Waagschale werfen, erscheint den Beamten in Düsseldorf erforderlich. Denn „wir üben", sagte einer von ihnen mit Recht.

Die Ruhrbehörde übt für einen Ernstfall die Ausdehnung ihrer Befugnisse auf Westeuropa. Sie ist die kleinste der modernen internationalen Organisationen. Die UNO umfaßt die Welt, die Genfer Wirtschaftskommission West- und Osteuropa, die 19 Marshallplanländer, die Ruhrbehörde sieben Staaten. Aber sie hat den Ehrgeiz, der Welt am praktischen Fall der Industrie-Kontrolle eine europäische Möglichkeit vorzuexerzieren. Industrien sind jedoch nicht nur die Unternehmer, es sind auch die Arbeiter. „Wir begrüßten die kluge Politik des deutschen Gewerkschaftsbundes, das Petersberg-Abkommen zu billigen." Der deutsche Vertreter müsse das Vertrauen der Gewerkschaften besitzen, sonst sei für das Ausland die Basis seiner Autorität nicht breit genug.

## Für Aufwertung der Vertriebenen-Guthaben

### Bundestagsausschuß setzt sich für die Ostvertriebenen ein

dl. Bonn, 7. Dezember.

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene, der CDU-Abgeordnete Dr. Kather, sprach am Mittwoch über den Stand der Vertriebenen-Gesetzgebung. Der Ausschuß werde eine Rechtsverordnung beantragen, um ohne weiteren Zeitverlust die Rechtsstellung der Vertriebenen zu klären, bis durch ein Bundesgesetz, das vor dem nächsten Frühjahr nicht zu erwarten sei, auch die Einzelheiten festgelegt werden könnten.

Grundsätzlich vertrete der Ausschuß den Standpunkt, daß Heimatvertriebene aus ehemaligen ostdeutschen Gebieten mit dem Ausland (Sudetenland, Ungarn etc.) gleichzustellen seien. Die Heimatvertriebenen seien bis jetzt die einzigen, die eine 6½ %ige Aufwertung ihrer Ersparnisse nicht erhalten hätten. Der Ausschuß sei deshalb grundsätzlich gegen eine allgemeine Aufwertung der Altsparguthaben, bevor nicht die Heimatvertriebenen wenigstens 6,5 % ihrer Ersparnisse aufgewertet erhalten hätten.

Für die Aufwertung der Altsparguthaben würde nach Ansicht des Ausschusses Milliarden notwendig sein, wogegen die Zubilligung einer 6½ %igen Aufwertung an die Heimatvertriebenen nur etwa 2 Millionen DM erforderlich wären. Dr. Kather forderte aus diesem Grunde eine Zurückstellung der Aufwertung der Altsparguthaben bis zum Inkrafttreten des allgemeinen Lastenausgleiches.

Weiter berührte Dr. Kather die Frage der Flüchtlingskredite, die bisher nur ganz unzureichend beachtet worden sei. In einer Stadt wie Hamburg zum Beispiel sei bisher nur eine einzige Million DM für diesen Zweck bereitgestellt worden. Besser lägen die Verhältnisse in Hessen, wo schon Flüchtlingskredite in erheblichem Maße gegeben worden seien, ebenso in Nordrhein-Westfalen, weniger dagegen in Niedersachsen und den übrigen Ländern.

Zur Frage der Wüstenhöfe meint Dr. Kather, daß auf diesem Wege kaum nennenswerte praktische Resultate erzielt werden könnten. Bundesernährungsminister Niklas habe für die nächste Zeit einen Plan in Aussicht gestellt, der das Ziel verfolge, Boden in erheblichem Umfange für die Ansiedlung ostdeutscher Flüchtlinge freizumachen.

Die Zubilligung von Pensionen und Wartegeldern an Vertriebene werde wohl ohne eine fühlbare Senkung der Pensionssätze für einheimische Beamte nicht durchgeführt werden können. Die Bundesbahn und die Postverwaltung hätten Kürzungen in Höhe von 7 bis 8 % der normalen Pensionen vornehmen müssen, um auch die Ostvertriebenen berücksichtigen zu können. Ein solches Verfahren sei nach seiner Ansicht weder untragbar noch unbillig.

Auf Befragen erklärte Dr. Kather, daß zur Zeit noch etwa 300 000 Deutsche in Polen und der Tschechoslowakei seien, mit deren Rückführung in die Bundesrepublik in absehbarer Zeit gerechnet werden könne.

## Das fällt uns auf

*Bundestagsabgeordneter zu werden ist schon schwer, Bundestagsabgeordneter zu sein noch weit mehr. Unsere Vertreter im Parlament können bestimmt nicht über Arbeit klagen, denn sie werden alle ohne Ausnahme den ihnen erteilten Auftrag sehr ernst nehmen und gewissenhaft bemüht sein, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen.*

*Parlamentarier zu sein bedeutet weit mehr, als während der öffentlichen Verhandlungen eine weithin sichtbare und auch gute Figur abzugeben. Was sich in den Sitzungen des Plenums vor den kritischen Augen der Öffentlichkeit abspielt, läßt oft nicht den Berg Arbeit erkennen, der vorher von jedem einzelnen Abgeordneten auf dem Wege nach Bonn bewältigt werden muß. Auch von den Volksvertretern, die nicht mit Sonderarbeiten in Ausschüssen und Ältestenrat zusätzlich belastet sind. Diese Feststellung zu treffen, halten wir für eine Pflicht gegenüber denen, die in ihrem Aufstieg zum Parlament mehr sehen als die Erfüllung persönlichen Ehrgeizes. Wir weisen aber auch deshalb daraufhin, weil nur zu leicht übersehen wird, daß mit dieser öffentlichen Tätigkeit für den Abgeordneten finanzielle Ausgaben verbunden sind, die von der Gesamtheit des Volkes mitgetragen werden müssen.*

*Der Aufwand an Zeit für den parlamentarischen Einsatz erfordert in den meisten Fällen eine entsprechende Minderung der privatwirtschaftlichen Arbeitskraft. Es wäre ein unbilliges Verlangen, von allen Abgeordneten zu erwarten, daß sie sich ausschließlich dem Parlamentsbetrieb widmen. Zudem läge darin auch die Gefahr der Loslösung von der leider meist rauhen Wirklichkeit des allgemeinen deutschen Lebens. Wir legen größten Wert darauf, daß unsere Volksvertreter echt volksverbunden bleiben, auch nachdem sie es bis zum Parlament „geschafft" haben. Das gehört zum Wesen der Demokratie, wie wir sie uns wünschen.*

*Aus allen diesen Gründen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß Abgeordnete Entschädigungen erhalten. Es ist auch in Ordnung, daß unsere Parlamentarier freie Fahrt auf der Bundesbahn und allen sonstigen staatlichen Verkehrsmitteln haben. Nur so wird es ihnen ermöglicht, an sie herangetragenen Wünschen der Bevölkerung nach Möglichkeit persönlich nachzugehen.*

*Kurzum, gegen Entschädigungsgelder ist nichts einzuwenden. Auch in der Privatwirtschaft sind sie üblich. Etwas eigenartig berührt werden wir jedoch durch die Tatsache, daß neuerdings die monatlichen Diäten für Bundestagsabgeordnete auf Beschluß des Ältestenrates von 500 auf 600 DM erhöht worden sind. Hinzu kommt für jeden Abgeordneten ein fester Unkostenzuschuß von 100 DM je Monat. Für jeden Sitzungstag (Ausschußberatungen sind Sitzungen gleichgestellt) wird den Abgeordneten darüber hinaus ein Tagegeld von 30 DM gezahlt. Wenn also, wie es so üblich ist, in der Woche drei bis vier Sitzungstage sind, werden den Abgeordneten monatlich allein an Tagegeldern 360—480 Mark vergütet. Was uns nun unangenehm auffällt, ist die Tatsache, daß monatlich ein weiterer Zuschuß von 200 DM bezahlt wird, wenn die Beschäftigung einer Sekretärin nachgewiesen wird. Hält sich ein Abgeordneter einen Kraftwagen, dann wird für den Fahrer ein Tagegeld von 15.— DM gewährt. Fahrten mit dem Wagen werden mit einer Sonderentschädigung bedacht und zwar werden 25 Pfg. je Kilometer gezahlt. Ein Abgeordneter, der sich seine Arbeit durch eine Sekretärin erleichtert, kann also monatlich insgesamt mit der runden Summe von 1600 DM rechnen.*

*Das wird nicht nur uns auffallen. Im allgemeinen wird „draußen" nämlich bei Gehältern und Löhnen noch nicht von einer Überteuerung Kenntnis genommen. Es ist schwer einzusehen, warum Bundestagsabgeordnete in dieser Hinsicht der gerade nicht auf Rosen gebetteten Wirtschaft ein Beispiel geben sollen. Woran wir uns aber vor allem stoßen, das ist die unklare Bestimmung, daß der Zuschuß von 200 DM gewährt wird, falls die Beschäftigung einer Sekretärin nachgewiesen wird. Nicht also die Notwendigkeit als solche. Die jedoch ist für uns entscheidend. Wir könnten uns sehr gut vorstellen, daß mit Gemeinschaftssekretariaten der einzelnen Fraktionen eine erhebliche Verbilligung des Apparates zu erreichen wäre. Mit Fraktionssekretariaten wären ohne Zweifel Räume und Gehälter zu sparen. Von den Kilometergeldern für Kraftfahrten wollen wir nur am Rande sprechen, da hier eine Kontrolle sehr schwer möglich ist, doch glauben wir, daß auch hier mit der Ausgabe öffentlicher Gelder reichlich großzügig gewirtschaftet wird.*

*Also, jedem das Seine, auch unseren vielbeschäftigten Abgeordneten, doch jeder sollte Maß halten und hierbei nicht zuletzt unser Bundesparlament.*

*Dbg.*

## Moskau entsendet weitere Oberkommandierende

dmt. Bukarest, 7. Dezember

Nachdem der sowjetische Marschall Rokossowski kürzlich das Oberkommando der polnischen Streitkräfte übernommen hat, erwartet jetzt die rumänische Armee desgleichen die Einsetzung eines sowjetischen Marschalls zu ihrem Oberkommandierenden. Wie verlautet, ist für dieses Amt der sowjetische Marschall Malinowski vorgesehen, der seinerzeit die russische Heeresgruppe auf dem Balkan führte.

Für Bulgarien scheint der russische General Tscherefanoff vorgesehen zu sein, der sich bereits in Bulgarien aufhält und dessen Tätigkeit schon bei der Absetzung des bulgarischen Generalstabchefs sichtbar wurde. Sowohl in Rumänien wie in Bulgarien soll die Übernahme dieses Postens durch einen Sowjet-Marschall in der Form eingeleitet werden, daß die Regierungen offiziell um seine Einsetzung nachsuchen.

Die Besetzung der wichtigsten Stellen in den Satellitenstaaten mit russischen Offizieren hat aber nicht nur militärische, sondern auch politische Gründe. Aus allen Kommandostellen werden sogar bewährte Kommunisten entfernt, die nicht durch die russische Schule gegangen sind. Wenn eines Tages einer der Satellitenstaaten um Aufnahme in die Union der Sowjet-Republik nachsucht, dann sind die richtigen Persönlichkeiten schon vorhanden, um den Staat im Obersten Sowjet zu vertreten.

---

**Der deutsch-dänische Verständigungsausschuß,** dem drei deutsche Vertreter und drei der dänischen Minderheit in Schleswig angehören, trat in Kiel zu seiner ersten Sitzung zusammen.

# Die Seite der Heimat

**Halver, 8. Dezember 1949**

## Zum Feste der unbefleckten Empfängnis

Das Fest der unbefleckten Empfängnis wurde eingesetzt zur Verherrlichung des erhabenen Ehrenvorzuges Mariä, daß sie vom ersten Augenblicke ihres Lebens an durch eine besondere Gnade Gottes, um der Verdienste Jesu Christi willen, von jedem Makel der Erbsünde bewahrt blieb.

Das Fest der unbefleckten Empfängnis ist also nicht das Fest der Empfängnis Christi, sondern die Erinnerung an den Tag, an welchem Maria von Gott erschaffen wurde, und zwar im Stande der Gnade, während alle anderen Menschen mit der Erbsünde behaftet in die Welt treten.

Am Feste der unbefleckten Empfängnis begrüßen wir die Morgenröte als Vorboten der strahlenden, heißersehnten Sonne der Gerechtigkeit, d. i. die Geburt des Heilands, zu der dieses Fest die herrliche Vorfeier bildet. Darum paßt das Fest sehr schön in die Adventszeit. Je mächtiger unsere Sehnsucht nach dem Gotteskinde, um so wonnevoller unsere Freude an der Gottesmutter. Nur von der allerreinsten Jungfrau durfte der Allerheiligste geboren werden.

Die christliche Kunst stellt die „Immakulata" dar als Jungfrau, um das Haupt den Kranz von 12 Sternen, im blauen Gewande, über der Mondsichel stehend der Schlange den Kopf zertretend, die den Erdball umschlingt.

Maria Immakulata! Dieses alte, ehrwürdige und ermutigende Bild soll uns voranleuchten auf dem steilen, dornenvollen Weg zur ewigen Heimat, ihr unentweihtes Leben soll uns zeigen, wie schön die Tugend ist, ihr sterngekröntes Haupt soll uns begeistern zum Kampf gegen alles, was gemein und niedrig ist, ihr fleckenloses, reines Herz soll unsere Zuflucht sein im Leben und im Sterben.

P. H.

## Halver

### Herzlich willkommen in der Heimat!

Aus russischer Kriegsgefangenschaft kehrte heute morgen zurück Heinrich Schmidt, Halver, Linger Weg.

### Gerichtstage 1950

Im Sitzungssaal des Amtshauses werden im Jahre 1950 folgende Gerichtstage abgehalten: 18. 1., 22. 2., 29. 3., 19. 4., 17. 5., 28. 6., 19. 7., 23. 8., 20 9., 18. 10., 15. 11., 13. 12. Beginn jeweils 8.30 Uhr. Zum Geschäftsbereiche der Gerichtstage gehören, mit Ausnahme der Hauptverhandlungen in Strafsachen, alle dem Amtsgericht obliegenden Geschäfte, insbesondere auch Grundbuchangelegenheiten, die Auslassungen von Grundstücken, die Aufnahme von Bewilligungen und Anträgen zu Eintragungen und Löschungen im Grundbuch, Beglaubigungen von Unterschriften. Zur Förderung solcher Geschäfte ist es geboten daß die Beteiligten frühzeitig vor dem Gerichtstage die Mitnahme der Grundakten beantragen und zugleich ihre aufzunehmenden Geschäfte angeben.

### Neuregelung der Schulspeisung

Entsprechend der Zusage der Besatzungsbehörde werden die Rohmaterialien für die Schulspeisung bis zum 30. Juni 1950 unentgeltlich frei deutschen Ankunftshafen geliefert. Auf Grund der jetzt für den Monat Dezember zugeteilten Portionenzahl können nur noch etwa 65 Prozent der Schulkinder gespeist werden. Das Begehren der Besatzungsbehörde geht dahin, daß grundsätzlich nur jene Kinder an der Schulspeisung teilnehmen, die ihrer aus gesundheitlichen Gründen bedürfen. Die Regierung in Arnsberg hat die Schulleiter ihres Bezirkes aufgefordert, im Zusammenwirken mit dem zuständigen Gesundheitsamt die Schulkinder festzulegen, die weiterhin der Schulspeisung teilhaftig werden sollen. Bei der Auswahl sollen soziale und gesundheitliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Weiter sollen die Schulen nach Fühlungnahme mit der Elternschaft sich dazu äußern, ob die Beibehaltung der jetzigen Suppen gewünscht wird oder ob die Schulspeisung in Zukunft in Getränkeform, in erster Linie in Form eines Kakaogetränkes mit Beigabe von Zwieback verabreicht werden soll.

### Auch Bienenvölker mußten gemeldet werden

Wie uns der Imkerverein Halver mitteilt, mußten anläßlich der vor wenigen Tagen stattgefundenen Viehzählung auch die Bienenvölker gemeldet werden. An alle Imker der Gemeinde Halver ergeht deshalb die Bitte, alle bei dieser Zählung nicht gemeldeten Bienenstöcke unverzüglich beim Amt Halver nachzumelden.

## Eine originelle Dichterehrung

Der gegenwärtig in Halver wohnende Dichter Heinz Steguweit las auf einer westdeutschen Vortragsreise auch in Rotenburg a. d. Fulda, jener idyllischen Kreisstadt in Hessen, die durch den Deutschen Laienspielverlag gleichsam zu einer Metropole des deutschen Laien- und Volkspiels nach dem Kriege geworden ist. Als Steguweit seine öffentliche Lesung im Kreishaus beendet hatte, erschien der Leiter der Volkshochschule Damaschke und überreichte dem Dichter eine lebende, mit bunten Schleifen dekorierte Mastgans! Er teilte dabei mit, daß Steguweits bekannte und in mehrere Sprachen übersetzte Spielschöpfung „Die Gans" soeben ihr 25jähriges Jubiläum mit rund zweihunderttausend Aufführungen bis nach Brasilien, Afrika und Neuseeland hin habe feiern können. Der beifällige Lachsturm im Publikum war groß.

Das Buch „Mein Freund Methusalem", das Heinz Steguweit in Halver schrieb, wurde soeben von der Newyorker Staatsbibliothek in mehreren Exemplaren erworben. Zum nahen Weihnachtsfest sind zwei weitere neue Werke des Dichters erschienen: der heitere Kleinstadtroman „Das unvorsichtige Mädchen" (im Roland-Verlag, Bühl-Baden) und „Das Topfschießen zu Bisling", fröhliche Lausbubengeschichten (Verlagsanstalt Scherff & Weibler, Rheinhausen-Hochemmerich).

*Was man von der Jurisprudenz wissen sollte:*

## Das Armenrecht

Wer Armenrecht begehrt, nimmt nicht öffentliche Wohltätigkeit, sondern ein jedem verbrieftes Recht in Anspruch, der nach Einkommen und Vermögen ohne Beeinträchtigung des für sich und seine Familie notwendigen Unterhalts sein Recht sonst nicht suchen oder verteidigen könnte. Ein Beispiel: Ein Angestellter, Monatsgehalt 300 DM, passiert auf dem Wege zur Arbeit eine nicht abgesperrte Stelle, an der Straßenbauarbeiten vorgenommen werden. Einem dort beschäftigten Arbeiter gleitet ein Hammer aus der Hand und verletzt den Passanten so schwer, daß er monatelang arbeitsunfähig wird, seine Stelle verliert und eine neue nicht mehr finden kann. Er beabsichtigt, Klage auf Schadenersatz und Schmerzensgeld gegen Arbeiter, Baufirma und Stadtgemeinde, gegen letztere wegen Verletzung der Aufsichtspflicht als Polizeibehörde, zu erheben. Er kann Gerichts- und Anwaltskostenvorschuß nicht aufbringen. In gleicher Lage befindet sich ein Arbeiter, der in dem Landgerichtsprozeß gleichfalls durch Anwalt vertreten sein muß. Können beide das Armenrecht erhalten? — Das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts kann schriftlich und auch zu Protokoll der Geschäftsstelle des Prozeßgerichts, vorliegend des Landgerichts, eingereicht und hierbei auch ein Anwalt vorgeschlagen werden, dessen Beiordnung erbeten wird. In besonders schwierigen Fällen empfiehlt sich Einreichung des Gesuchs durch einen Rechtsanwalt, der hierfür eine gesetzlich bestimmte Gebühr verlangen kann. Das jedem Gesuch beizufügende Mittellosigkeitszeugnis ist bei der Ortsbehörde zu beantragen. Es enthält die behördliche Bestätigung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die Bestätigung des Unvermögens zur Bestreitung der Prozeßkosten. Hält das Gericht das Gesuch nicht für mutwillig oder von vornherein aussichtslos, so wird das Armenrecht bewilligt. Die Ausfertigung des hierüber ergehenden Beschlusses ist zu verwahren, da sie für das Zwangsvollstreckungsverfahren später noch benötigt wird.

Die Bewilligung des Armenrechts erfolgt gebührenfrei und unterliegt keiner Beschwerde, auch nicht von seiten des Gegners, der dadurch betroffen wird. Wird das Armenrecht abgelehnt, so ist hiergegen Beschwerde möglich, wenn es sich nicht um eine Entscheidung des Berufungsgerichts handelt. Diese Beschwerde kann wiederum schriftlich oder zu Protokoll eingereicht werden. Wird sie verworfen, so erwachsen hierdurch geringfügige Gerichtskosten. Der Verwerfungsbeschluß kann nicht durch weitere Beschwerde angefochten werden.

Die Bewilligung des Armenrechts bedeutet: Stundung der gerichtlichen Kosten und Gebühren und Beiordnung eines Rechtsanwalts, letzteres vor den Gerichten, bei denen Anwaltszwang besteht, ausnahmsweise auch in schwierigen Amtsgerichtsprozessen. Die Bewilligung des Armenrechts bedeutet aber keinen Schutz vor den Kosten des Gegners bei einem Verlust des Prozesses. Es kann also z. B. der gegnerische Anwalt nach erfolgter Festsetzung seiner Kosten vollstrecken.

Die gestundeten Kosten werden später ausnahmsweise dann noch eingezogen, wenn der Betreffende in Einkommensverhältnisse kommen sollte, in denen er ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts für sich und seine Familie die Kosten zahlen kann.

Im Beispiel ist damit zu rechnen, daß sowohl dem Angestellten als Kläger, als auch dem Arbeiter als Beklagten das Armenrecht zur Rechtsverfolgung bzw. Verteidigung bewilligt werden wird. Bei mittleren und hohen Objekten können auch klagende Parteien das Armenrecht bewilligt erhalten, deren Einkommen auf den ersten Blick gar nicht so niedrig erscheint, welches sich aber in einer Höhe bewegt, die im Verhältnis zur Höhe der Gerichts- und Anwaltskosten die Bestreitung des notwendigen Unterhalts für den Gesuchsteller und seine Familie beeinträchtigen würde.

## Kaffeesucht hilft Börsen leeren

### Hausfrauen lieben Koffein — Nachfrage ist oft größer als Vorrat

Vor dem Schaufenster eines Lebensmittelgeschäftes unseres Ortes stehen zwei Frauen. Wie von einem Magneten angezogen sind ihre Blicke auf die Auslagen gerichtet. Die jüngere sagt zu ihrer Begleiterin: „Sollen wir oder sollen wir nicht, Mutter?" Wie ein Pistolenschuß kommt die Gegenfrage „Wieviel tust du dabei?" Die Antwort: „Die Hälfte!" scheint die Mutter zu befriedigen, denn die beiden betreten sofort den Laden.

Was war der Gegenstand ihrer wichtigen Überlegung? Ein Blick ins Schaufenster gibt schnell Antwort. Kaffee ist dort ausgestellt, Kaffee in drei verschiedenen Sorten, zu 13, 14 und 15 DM. Die kleinen Böhnchen, deren Duft durch das Glas zu dringen scheint, halten ein ganzes Regiment unserer Frauen in Schach. Was für unsere Männer der Alkohol und der Nikotin sind, das ist für die Frauen der Bohnenkaffee.

„An Lohntagen ist der Kaffeeverkauf enorm hoch. Dann füllt sich kaum eine Einkaufstasche ohne die verlockende, kleine Tüte", hat eine Verkäuferin festgestellt. Aber auch an den anderen Monatstagen stoppt der Umsatz durchaus nicht. Nur daß die verlangten Mengen dann kleiner sind. „Manchmal lassen sich Halveranninen 25 Gramm auswiegen. Für zwei Tassen Kaffee soll es wenigstens langen, sagen sie", weiß ein Geschäftsinhaber zu berichten.

Vor wenigen Wochen erst war der Kaffeevorrat knapp geworden. Devisenumrechnungen waren der Grund. Da war es notwendig, wie früher nur bestimmte Rationen abzugeben. „Wie oft haben wir da einer Kundin ihre Bitte um Kaffee abschlagen müssen. Aber die Frauen sind uns nicht böse. Heute können sie wieder beliebige Mengen haben. Und die kaufen, was sich nur irgenwie von Haushaltsgeld absparen läßt", gibt eine ältere Verkäuferin Auskunft.

Die Röstereibesitzer stöhnen. „Wir können die enorme Kaffeenachfrage der Käuferinnen kaum befriedigen. Ganz abgesehen davon, daß die monatlichen Mengen vom angelieferten Rohkaffee abhängig sind, den wir von Importeuren aus Bremen und Hamburg angeliefert bekommen." Der Vorrat von 50-Kilo-Säcken schwindet jeden Monat wie Schnee vor der Sonne. Aber das soll ja jetzt besser werden.

Was haben unsere Frauen eigentlich vom Kaffeegenuß? Lassen wir einige zu Worte kommen. Eine Stenotypistin: „Bei uns im Büro ist es jetzt ungemütlich kalt. Wenn ich aber eine Tasse Kaffee trinke, wird mir innerlich so warm, daß ich die Kälte gar nicht mehr spüre." Ein zahnloses Großmütterchen: „Die leckeren Sachen, die es heute gibt, kann ich kaum beißen. Darum lasse ich alle anderen Dinge für eine gute Tasse Kaffee stehen. Ich habe in meinem langen Leben festgestellt, daß Kaffee Lebenssaft ist." Eine biedere Hausfrau: „Ich brauche den Kaffee für mein Herz. Heute nacht erst hatte ich wieder einen Anfall. Eine Tasse Kaffee hilft dann besser als jede Medizin."

Die Kaffeesucht hat um sich gegriffen und wird sich kaum eindämmen lassen. Gönnen wir unseren Frauen also ihre Schwäche, solange die Vorräte, das Geld und — die Nerven halten!

## Wandergewerbescheine

Mit dem Ablauf dieses Jahres verlieren sämtliche Wandergewerbescheine, die im Jahre 1948 ausgestellt und für das Jahr 1949 verlängert waren, ihre Gültigkeit. Es ist daher erforderlich, daß die Inhaber solcher Wandergewerbescheine, wenn sie auch im kommenden Jahr wieder das Wandergewerbe ausüben wollen, einen Antrag auf die Erteilung eines Wandergewerbescheines für die Jahre 1950 bis 1952 bei den zuständigen Stadt- bzw. Amtsverwaltungen stellen. Dem Antrag ist ein vorschriftsmäßiges, nichtbenutztes Lichtbild beizufügen.

Die Zahl der Wandergewerbetreibenden erhöht sich auch in den Städten und Orten des Kreises Altena fast täglich. Zu den Ortsansässigen kommen die Anträge von Ausländern und auch Staatenlosen hinzu, die auf diesem Wege eine Verdienstmöglichkeit suchen. Früher wurde das Wandergewerbe durch das Ortsstatut jeder Stadt geregelt, und vor der Ausstellung des Scheines ist die Zuverlässigkeit des Antragstellers, dann aber vor allem auch die Bedürfnisfrage geprüft worden. Die Bedürfnisprüfung ist jetzt vollkommen weggefallen, und die Erteilung des Scheines ist nur noch an die Prüfung der persönlichen Zuverlässigkeit gebunden. Die Ausstellung ist darüber hinaus jetzt dem Regierungs-Bezirksausschuß übertragen, während dem Kreis-Beschlußausschuß die Ausstellung der örtlich gebundenen Hausierscheine obliegt. Die den örtlichen Rathäusern eingereichten Anträge gehen deshalb an den Kreis bzw. den Regierungspräsidenten weiter.

Was alles im Hausierhandel angeboten wird? Durchweg sind die alten Hausierer „bei der Stange" geblieben; sie handeln vornehmlich mit Textilien und Kurzwaren. In der letzten Zeit sind die Eisverkäufer, Würstchenbuden u. a. m. hinzugekommen. Das ambulante Gewerbe ist auch in fachlicher Beziehung keinen Beschränkungen unterworfen, es ist hier absolute Gewerbefreiheit. Das steht scharf im Gegensatz zu den Bestimmungen für den Einzelhändler, dem bei der Eröffnung eines Geschäftes durch das Einzelhandelsschutzgesetz Grenzen gezogen sind. Das Bild hat sich gewandelt: Der Hausierer ist heute „gewerbefrei", der früher aus verschiedenen Gründen in seiner Tätigkeit durch die Ortsstatute beschränkt war, während der Einzelhändler heute mancherlei gesetzliche Vorschriften beachten muß, bis er als „Einzelhandelskaufmann" zugelassen ist.

## Deckinghausen-Carthausen

### Vorweihnachtliche Feierstunde der Schule Heesfeld

In der kommenden Woche wollen die Kinder der Schule Heesfeld ihre Eltern und alle die, welche Kinder lieb haben, durch eine vorweihnachtliche Feierstunde erfreuen. Sie soll im Saal Kaiser in Oeckinghausen veranstaltet werden. Wegen der beschränkten Platzverhältnisse werden die Darbietungen am 16., 17. und 18. Dezember geboten, um somit allen Besuchern die innere Anteilnahme zu ermöglichen. Alle näheren Einzelheiten sind aus den Programmen ersichtlich.

### Carthauser Fichtenallee arg mitgenommen

Windsturm vergriff sich auch an naturgeschützten Bäumen. Die prächtige Fichtenallee in Mittel-Carthausen wurde in den letzten Sturmtagen arg mitgenommen. Unbekümmert darum, daß die Menschen gerade diese schöne Baumgruppe unter Naturschutz gestellt hatten, warf der Sturm acht Bäume um. Glücklicherweise wurde dadurch kein nennenswerter Sachschaden angerichtet.

## Lüdenscheider Nachrichten

**Ein betrunkener Fahrer** wurde heute Nacht auf der Wilhelmstraße gestellt. Er war auf den Bürgersteig gefahren und wurde zur Polizeiwache gebracht, um die Blutprobe vorzunehmen.

# Die Flucht in die Freiheit . . .

### . . . und das bittere Ende / Jugendliche Ostzonenflüchtlinge vor dem Lüdenscheider Schöffengericht

„Solange das Leben in der deutschen Ostzone ein Hungerleben mit täglicher Freiheitsbedrohung ist, wird der Strom der illegalen Grenzgänger nicht abreißen. Der Westen kann sie nicht alle aufnehmen — sie zurückzuweisen aber bedeutet für jeden einzelnen von ihnen eine Entscheidung von fast unmenschlicher Härte."

(Aus der „Illustrierten" des Westberliner „Telegraf" vom 10. November 1949.)

Die „fast unmenschliche Härte" (wieso „fast"?), als die große Westberliner Zeitung die Zurückweisung der „Illegalen" aus der Ostzone bezeichnet, hatten sie beide zu spüren bekommen — sowohl das junge Mädchen als auch der junge Mann —, die da auf dem „Arme-Sünder"-Bänklein vor dem Lüdenscheider Schöffengericht saßen. Beide behaupteten, einer Dienstverpflichtung für den Uranbergbau nach Aue ausgewichen zu sein. Bedauerlich war nur, daß sie nicht daran gedacht hatten, die Dienstverpflichtung mit zum Termin zu bringen, denn es wäre besser für sie gewesen wenn sie diese dem Gericht hätten vorweisen können. Aber sei es, wie es sei: jedenfalls hatten sie beide den „Weg in die Freiheit" angetreten — die jetzt 21jährige Irene L. aus dem Kreise Luckau im Dezember 1948 und der gleichaltrige Heinz K. aus dem Kreise Perleberg im Februar 1949.

In Abwandlung eines berühmten Zitates kann man von diesen beiden jungen Menschen sagen: „Sie marschieren getrennt, sie operierten getrennt, aber sie wurden vereint geschlagen!" Was sie miteinander gemein hatten, war das Schicksal der nun fast schon zwei Millionen Flüchtlinge aus „Piecks eigenem Lande", im übrigen aber hatten sie nichts miteinander zu schaffen. Sie sahen sich zum ersten Male auf dem Hofe eines Großbauern in Bürhausen bei Rönsahl, nachdem sie, ohne voneinander zu wissen, jeder für sich den Leidensweg der in Uelzen, Siegen und anderswo Abgewiesenen gegangen waren und schließlich bei dem Bauern Th. K. in Bürhausen Arbeit, Brot und Obdach gefunden hatten.

Leider — und das muß gesagt werden — zeigten sie sich dem Manne gegenüber, dem sie nach langem, unsteten Umherwandern ihre legale Existenz in den Westzonen zu verdanken hatten, mehr als undankbar. Sie bestahlen beide ihren Chef bzw. die Chefin. Zuerst machte das Mädchen lange Finger, und dann unterlag auch der junge Mann der Versuchung, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Im Juni 1949 fing es bei Irene mit einem Bettlaken an, aus dem sie sich einen Strandanzug (!) machen ließ. Zwei Monate später fehlten der Bäuerin 51 Mark am Haushaltsgeld; der Betrag war in Irenes Tasche übergewechselt, und schließlich mußte auch noch eine grüne Tuchjacke „daran glauben", die „man so schön zum Tanzen anziehen konnte". — Irene L. wurde für jeden dieser drei Diebstähle mit einer Geldstrafe in Höhe von 50 Mark an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von je drei Wochen bestraft, so daß sie also insgesamt 150 Mark an die Gerichtskasse zu zahlen hat.

Einen Monat später verbrannte sich Heinz K. die Finger an einem „prima, prima" Anzugstoff. Seine Tat wog aber insofern wesentlich schwerer, als es zu ihrer Ausführung, wie später das Gericht feststellte, einer „ganz erheblichen verbrecherischen Energie" bedurfte. Um sich in den Besitz des Stoffes zu setzen, mußte er nämlich eine Speichertür und die Truhe erbrechen, in der sich der Stoff befand. In mühsamer, zeitraubender Arbeit fertigte er sich aus einem Stück Weidedraht einen Dietrich an, um sich damit zu dem begehrten Gute Zugang zu verschaffen. Während das Schloß der Speichertür keine Schwierigkeiten machte, mußte er die Truhe mit Gewalt aufbrechen.

Um sich nun die Beute zu sichern, brachte er diese zunächst zu seinem Freund Georg L., einem Ostvertriebenen aus Oberschlesien, der den Stoff für eine Nacht bei sich aufbewahrte. Am nächsten Tage versteckten sie ihn gemeinsam unter Blattlaub im Walde.

Heinz K. wurde wegen schweren Diebstahls zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Aber trotz der Schwere seiner Tat war er derjenige unter den drei Angeklagten, der persönlich von ihnen den besten Eindruck machte, denn während das Mädchen durch seine Putz- und Gefallsucht unangenehm auffiel — denn schließlich fallen ein Strandanzug und eine Jacke „zum Tanzen" nicht gerade unter die dringendste menschliche Notdurft — entpuppte sich der Angeklagte L. als ein ganz hartgesottener, schon mehrfach vorbestrafter Bursche, dem es gar nicht darauf ankam, das Gericht faustdick anzulügen. In Anbetracht seines Vorlebens, seines Verhaltens vor Gericht und seiner ganzen asozialen Einstellung verurteilte ihn das Schöffengericht wegen Begünstigung zu 4 Monaten Gefängnis.

Faß.

# Wir notieren aus Westdeutschland . . .

## Brauereien fordern Bierpreissenkung

**Düsseldorf,** 7. Dezember. Der Bierverbrauch, der seit April laufend zugenommen hatte, ist im Oktober und November stark zurückgegangen, teilt der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien mit. Als Grund hierfür seien hauptsächlich die zu hohen Bierpreise anzusehen, die durch die Verdoppelung der Herstellungskosten, die Biersteuern und die zu großen Spannen bei den Ausschankpreisen entstanden seien. Die meisten Gaststätten kalkulieren nämlich, wie der Verband mitteilt, nicht den Nettoverkaufspreis, sondern den Bruttopreis, also einschließlich der hohen Biersteuer, so daß der Kleinverkaufspreis auf 40 bis 50 D-Pfennig für ¼ Liter Glas gebracht wird. Der Verband erwartet daher, daß Rohstofferzeuger und Mälzer billigere Preise für die Bierherstellung schaffen, die Steuer gesenkt wird und die Gaststätten ihre Spannen auf der Grundlage des Nettopreises durchführen. Die Brauereien haben bereits, wie der Verband betont, von dem durch erhöhten Rohstoffverbrauch und Steuer entstandenen Mehrpreis von 13 DM je Hektoliter 5 DM selbst übernommen, um ein weiteres Ansteigen der Bierpreise zu vermindern.

### Geschlechtskrankheitsgesetz kommt

**Düsseldorf,** 7. Dezember. Rund 700 Bordelle gibt es zur Zeit in Nordrhein-Westfalen, in denen schätzungsweise 5 bis 8000 Prostituierte zusammengefaßt sind. Die Anzahl der geheimen Prostituierten wurde auf einer Pressekonferenz von einem Sprecher des Sozialministeriums als vielfach höher bezeichnet. In Düsseldorf selbst bestehen zur Zeit 17 öffentliche Häuser gegenüber 31 vor 1945. 138 Frauen werden als offen Prostituiert geführt.

Es sei dem Land Nordrhein-Westfalen, so erklärte der Sprecher des Sozialministeriums, zur Zeit nicht möglich, gegen die offene oder geheime Prostitution vorzugehen, da keinerlei gesetzliche Grundlage bestehe. Auf Bundesebene werde aber bereits ein neues Geschlechtskrankheiten-Gesetz vorbereitet, das dann auch die Regelung der Prostituiertenfrage bringen werde.

Die Entwicklung der Geschlechtskrankheiten selbst ist allgemein im Land Nordrhein-Westfalen ausgesprochen günstig. Im Durchschnitt sind die monatlichen Neuzugänge an Geschlechtskranken von 5 000 im Sommer auf 3 500 zurückgegangen. Einige Bezirke melden sogar Rückgänge bis zu 50 Prozent.

### Schießen Zollbeamte zu schnell?

**Aachen,** 7. Dezember. Der Landtagsabgeordnete der Grenzkreise Schleiden und Mondschau, Dr. Leo Schwering, hat in einem Schreiben an die Landesregierung eine Aenderung der Schießbestimmungen des deutschen Zollgrenzdienstes vorgeschlagen. Er erhalte immer wieder Zuschriften, wonach durch den Zoll in der Nähe der Häuser geschossen werde und Menschenleben gefährdet würden. „Seitdem der Zollgrenzdienst existiert, erklärt Schwering in diesem Schreiben, sind insgesamt 28 Todesschüsse abgefeuert worden. Es gab außerdem 18 schwere und 16 leichte Verletzungen. Unter den tödlich Verletzten befanden sich vier Jugendliche. Die Zahl der Schüsse auf Menschen beträgt 63. Davon wurden 51 von deutschen, der Rest von belgischen und holländischen Beamten abgegeben. Unter den getöteten befand sich eine Frau." Schwering fordert eine Anpassung an die bei der Polizei üblichen Bestimmungen, die nur Schießerlaubnis habe, wenn sie selbst angegriffen werde.

### Generalsekretär muß sitzen

**Aachen,** 7. Dezember. Die erste Strafkammer des Aachener Landgerichts verurteilte den Dürener Generalsekretär der rheinisch-westfälischen Volkspartei, Wilhelm Schmitt, wegen öffentlicher Verleumdung und Beleidigung zu 7 Monaten Gefängnis. Schmitt hatte im August dieses Jahres den Dürener Amtsgerichtsrat Keller in einer politischen Versammlung als einen 110prozentigen SA-Mann bezeichnet.

### Familie wurde reich

**M.-Gladbach,** 7. Dezember. Im westdeutschen Fußballtoto gewannen der Telegrafenarbeiter Winand Pardon und seine beiden Söhne Heinz und Willi aus Waldhausen, einen Zwölfer mit 86 903 und zwei Zehner mit 144.50 DM. Die glücklichen Gewinner konnten sich vor dem Ansturm der vielen Gratulanten kaum retten. Einige Ostflüchtlinge wollten der Familie gleich die alten Möbel abkaufen, da sie annahmen, daß sich die Familie neu einrichten würde.

### 70 Prozent haben Konkurs angemeldet

**Krefeld,** 7. Dezember. Etwa 70 Prozent aller neu zugelassenen Großhandelsfirmen im Gebiet des linken Niederrheins haben Konkurs angemeldet, wurde in Krefeld anläßlich einer Tagung der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel; Bezirksvereinigung linker Niederrhein, bekanntgegeben. Es handelt sich dabei größtenteils um Firmen, die sich aufgrund der Gewerbefreiheit etablierten.

### Dreimal Fahrerflucht

**Langenfeld,** 7. Dezember. Zum drittenmal innerhalb der letzten Wochen kam es in Langenfeld zu einem tödlichen Verkehrsunfall mit Fahrerflucht. Ein Invalide aus Langenfeld wurde auf der Landstraße von einem Personenkraftwagen angefahren. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Tod sofort eintrat. Nach dem Fahrer des Wagens, der sofort weiterfuhr, wird gefahndet.

### Die größte Glocke für Wuppertal

**Wuppertal,** 7. Dezember. Die größte Kirchenglocke, die beim Bochumer Verein bisher gegossen wurde, wird mit zwei weiteren für die Friedhofskirche in Elberfeld demnächst geliefert werden. Zwei andere Glocken, die aus freiwilligen Spenden bezahlt werden konnten, sind gleichfalls noch vor Weihnachten für die evangelisch-reformierte Gemeinde Wuppertal zu erwarten. Alle diese Glocken sollen Heiligabend zum ersten mal leuten.

### 81jähriger verunglückte tödlich

**Wuppertal,** 7. Dezember. Ein 81jähriger Mann, der trotz seines hohen Alters noch bei einer Wuppertaler Firma beschäftigt war, stürzte dort in einen ungesicherten Fahrstuhl und dann etwa drei Meter in die Tiefe. Seinen Verletzungen ist er im Krankenhaus erlegen.

### Protest um die Weihnachtsgratifikation

**Leberkusen,** 8. Dezember. Im Namen der 16 000 Mann starken Belegschaft protestierte der Betriebsrat der Bayer-Werke gegen die Boykottierung des Bundestagsbeschlusses, durch das Land Nordrhein-Westfalen „Weihnachtsgratifikationen bis zu 300 DM steuerfrei zu lassen". Der Beschluß des Bundestages habe Freude hervorgerufen, die Ablehnung werde doppelt große Empörung auslosen. Weihnachten sei das Fest der Freude und nicht des Fiskus

### Kirchenräuber gefaßt

**Schleiden,** 7. Dezember. Die Polizei konnte in Opladen den Kirchenräuber festnehmen, der am Sonntag bei einem Einbruch in der katholischen Kirche in Oberwolfeert (Kreis Schleiden) einen Opferstock beraubt und kirchliche Kultgegenstände gestohlen hatte. Zwei Leuchter und 27 Kelchtücher wurden sichergestellt.

### Dem Christkind ins Handwerk gepfuscht

**Solingen,** 7. Dezember. Nachts wurde in Ohligs in einen Modesalon eingebrochen. Den Tätern fielen Damenkonfektionswaren im Werte von 10 000 DM in die Hände. Gestohlen wurden Damenmäntel, Kleider, Damenblusen, Kleiderröcke und Halstücher. Das Diebesgut wurde wahrscheinlich in einem Kraftfahrzeug abtransportiert.

### „Großeinkauf" im Juwelierladen

**Essen,** 7. Dezember. Einen Weihnachtseinkauf auf ihre Art machten unbekannte Täter, die bei einem Essener Juwelier Brillanten, Uhren und Goldwaren im Werte von 20 000 DM entwendeten. Sie drangen von der Hofseite durch ein Fenster in den Laden ein und suchten sich, nach der Straße durch geschlossene Rolladen geschützt, offenbar in aller Ruhe das Beste aus. Der Schaden ist nicht durch Versicherung gedeckt. Die Polizei setzte mehrer Stunden lang einen Suchhund ein, hatte aber bisher noch keinen Erfolg.

### Polizist unterstützte Verbrecher

**Mühlheim,** 7. Dezember. Das Obergericht der Kontrollkommission in Düsseldorf verurteilten den Mühlheimer Polizeiwachtmeister Ommer zu drei Jahren Gefängnis, weil er dem Angehörigen einer Verbrecherbande eine Pistole mit Munition geliehen hatte. Der mitangeklagte Bandenchef Hinzke erhielt wegen Waffenvergehens sechs Monate Gefängnis.

### 10 Jahre Zuchthaus für Stiller beantragt

**Dortmund,** 7. Dezember. Im Dortmunder Stiller-Prozeß beantragte der Staatsanwalt für den 43jährigen Bandenchef Karl Stiller 10 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und anschließende Sicherungsverwahrung. Dem Angeklagten wurden 96 schwere Rückfalldiebstähle und 8 Diebstahlversuche nachgewiesen. Der Prozeß vor dem Dortmunder Landgericht mußte vor einer Woche unterbrochen werden, weil Stiller, der Organisator einer der größten Diebesbanden der Nachkriegszeit, sich in seiner Zelle die Augen mit Kopierstiftsplittern geätzt hatte. Nach Angaben des Gerichtsarztes hat Stiller auf dem rechten Auge ein Drittel der Sehkraft eingebüßt. Gegen die 16 Mitangeklagten beantragte der Staatsanwalt Strafen zwischen einem Jahr und 9 Monate Gefängnis und 4½ Jahren Zuchthaus.

### Vom Alkohol übertölpelt

**Gelsenkirchen,** 7. Dezember. In Gelsenkirchen ließ sich ein junger Mann während der Nacht in ein Kaufhaus einschließen. Er entwendete eine Reihe von Gebrauchsgegenständen und kleidete sich in der Herrenabteilung neu ein. In der Lebensmittelabteilung nahm er einen guten Trunk zu sich und ging dann in einen Schrank schlafen, wo er am nächsten Morgen vom Personal des Kaufhauses gefunden wurde.

### Liebe geht seltsame Wege

**Iserlohn,** 7. Dezember. Vor einem Jahr war die 29jährige Lucie aus Iserlohn sehr erstaunt, als ihr der Postbote einen mit bunten Marken beklebten Brief brachte, in dem ein Südafrikaner ihr ohne viel Umschweife einen Heiratsantrag machte, ohne sie jemals gesehen zu haben. Einige Wochen vorher hatte Lucie ihrer Tante gesagt, sie möge ihr doch einen Briefpartner im Ausland vermitteln. Daß dieser Briefwechsel gleich so ausgehen würde, hatte Lucie nicht geahnt. Am 7. Dezember reiste sie nach Durban an der südafrikanischen Küste. Dort wartet ihr Bräutigam, mit dem sie bereits seit Monaten verlobt ist — wenn auch nur brieflich.

### Leiche im Graben

**Lippstadt,** 7. Dezember. Der seit dem 2. Dezember vermißte 71-jährige Lippstädter Postschaffner Josef Schäfer wurde in einem Graben in der Nähe der Gasanstalt tot aufgefunden. Er lag mit dem Körper unter einer behelfsmäßigen Ueberbrückung des Grabens. Nur der Kopf war sichtbar und erheblich verletzt. Die Polizei vermutet ein Verbrechen.

### 36 000 DM Entschädigung

**Bad Lippspringe,** 7. Dezember. Einer Lippspringer Bibelforscher-Familie wurde vom Paderborner Haftentscheidungsausschuß ein Gesamtanspruch von rund 20 verbüßten Haftjahren anerkannt. Die fünf Familienmitglieder haben nach den Bestimmungen des Gesetzes eine Summe von etwa 36 000 DM zu erwarten.

### Schweinernes aus Marzipan

**Paderborn,** 7. Dezember. Im weihnachtlich dekorierten Schaufenster einer Paderborner Konditorei kann ein Schwein mit dem stattlichen Gewicht von 75 Pfund bewundert werden, das ganz aus Marzipan besteht. Das leckere Schaustück kostet den Liebhaberpreis von 375 DM.

### Spruchgericht wird aufgelöst

**Bielefeld,** 7. Dezember. Als letztes Spruchgericht der britischen Zone wird das in Bielefeld voraussichtlich zum 1. März 1950 aufgelöst. Nach diesem Zeitpunkt noch anfallende Verfahren gegen Angehörige verbrecherischer Organisationen sollen dann vor Strafkammern des Landesgerichts Bielefeld verhandelt werden.

### Nikolaus verbrannte seinen Bart

Bei dem Nikolausspiel in einer Bielefelder Mädchenoberschule kam ein Zwerg zu dicht mit seiner brennenden Kerze an den Flachsbart des Nikolaus, der plötzlich Feuer fing. Unter dem Nikolausmantel verbarg sich eine Schülerin, die Verbrennungen erlitt und in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

### 300 Millionen Personen befördert

**Bielefeld,** 7. Dezember. Die Sammelstelle über Kraftfahrzeuge in Bielefeld teilt mit, daß die Straßenverkehrsunternehmen des ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Monat September 303,8 Millionen Personen befördert hat. Das sind 6,5 Millionen oder 2,2 Prozent mehr als im August. Lediglich der Kraftomnibus-Betrieb der Deutschen Post hatte einen leichten Rückgang um 0,5 Prozent auf 269 900 Fahrgäste täglich zu verzeichnen.

Im Monat Oktober sind in der britischen und amerikanischen Zone (ohne Bayern) 21 645 Kraftfahrzeuge neu zugelassen worden. Das sind 6,5 Prozent mehr als im Vormonat. Besonders stark nahm dabei die Zahl der Personenwagen und Zugmaschinen zu.

## Er telefonierte mit New York

### Ein seltsamer Betrüger wurde erwischt

**Düsseldorf,** 7. Dezember. Der Düsseldorfer Kriminalpolizei gelang die Aufklärung eines mysteriösen Falles, der seit Monaten die Kriminalpolizei Westdeutschlands und anderer Länder beschäftigte. Ein Unbekannter hatte seit Monaten immer wieder hohe Persönlichkeiten aus Deutschland, dem Ausland und auch hohe Vertreter der Besatzungsmacht telefonisch angerufen, um ihnen unerhörte Frechheiten und Beleidigungen zu sagen. Nun konnte nach eifriger Arbeit der Kriminalpolizei, nachdem ein Telegraphenbeamter monatelang das Düsseldorfer Fernsprechnetz überwacht hatte, der geheimnisvolle Anrufer entdeckt und festgenommen werden.

Ein 24jähriger junger Mann wurde verhaftet, als er nach einem Gespräch nach Berlin die Telefonzelle eines großen Gasthauses verließ. Im Verhör gab der junge Mann zu, daß er einen „Telefonspleen" hat. Immer wieder mußte er telefonieren, von öffentlichen Fernsprechern und fremden Apparaten aus. Es gelang ihm auf noch jetzt rätselhafte Weise sich die Kennziffern und Geheimnummern der höchsten Persönlichkeiten zu verschaffen. Diese Kenntnisse und sein perfektes englisch öffneten ihm die Telefonleitungen in aller Welt. Zum Beispiel telefonierte er von einer Fernsprechstelle des Düsseldorfer Postamtes aus mit dem Vorzimmer des Oberbürgermeisters von New York.

Schon 1948 hatte der junge Mann wegen seiner Telefoniererei vor Gericht gestanden. Er wurde damals als „Unzurechnungsfähig" bezeichnet und für ein Jahr in die Heil- und Pflegeanstalt in Düsseldorf-Grafenberg geschickt. Nach dem Verhör wurde er am Dienstag wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Akten über seinen Fall gehen nun der Staatsanwaltschaft zu, die darüber zu entscheiden hat, ob er wegen Betrugs angeklagt werden soll, denn schließlich hat er ja seine Telefongespräche mit aller Welt, bei denen er sich übrigens als Engländer ausgab, nicht bezahlt.

### Weltunionist nicht geisteskrank

**Krefeld,** 7. Dezember. Der 37jährige Architekt Alfred Dahmen aus Hüls bei Krefeld hat das Programm einer zukünftigen Weltunion entworfen. Da seine Bekannten ihn für geisteskrank hielten, begab er sich freiwillig in eine Irrenanstalt, um zu beweisen, daß er normal ist. Dort konnte man keinerlei Geisteskrankheit feststellen und entließ ihn. Dahmen will die Idee einer Weltunion weiter verfolgen und im Frühjahr 1950 eine entsprechende Organisation gründen. Mit 14 Jahren hatte er bereits 25 Staaten besucht.

---

Ihre Verlobung geben bekannt:

**Marianne Schröder**
**Karl-Friedrich Pulvermacher**

Schödersherweg, Post Halver — Nieder-Bommert, Post Anschlag

10. Dezember 1949

---

**Statt Karten!**

Für die uns anläßlich unserer Verlobung erwiesenen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten danken wir allen recht herzlich.

*Natalie Bünger*
Halver, Frankfurter Straße 75

*Alfred Hohage*
Schalksmühle, Hälverstraße 67

im Dezember 1949

---

*Willi Weiß*
*Hildegard Weiß*
geb. Müller

VERMÄHLTE

Halver, Neuemühle 1 — Liebenthal, Sudetengau

9. Dezember 1949

---

Bestellungen auf
**Neue Lohnsteuertabellen**
gültig ab 1. Januar 1950 nimmt entgegen
*Wilh. Bell jr., Halver*
Ruf 442

---

Habe noch einige
**Weihnachtsbäume**
abzugeben.
**R. Behnke,** Halver-Eichholz 7

---

Fast neuer
**Pferdeschlitten**
billig abzugeben.

**2 PS Motor A. E. G.**
1400 Umdr. 380 Volt, billig zu verkaufen. Zu erfragen: Allgem. Anzeiger

---

*Ein günstiges Weihnachtsangebot!*

**Herren-Anzüge**
in allen Größen und Dessins in Wuppertaler Wertarbeit, tadellose Paßform, beste Qualität und Verarbeitung
in den Preislagen von DM **47.–** bis **136.70**

**Hugo Nieding**
HALVER, von Vinckestraße 56

---

**Holzhaus,** 6,5×8,5 m
mit massiver Garage und Keller komplett in Wippekühl bei Schalksmühle i. W. ist zu verk.
**Aug. Lohe,** Wuppertal-Barmen, Fr.-Engels-Allee 293

---

**Geschäfts-Vormerk-Kalender 1950**
Kalendarium mit 2 Tagen auf einer Seite **DM 1,80**
*Wilh. Bell jr., Halver*

---

*Kunstkalender 1950* **DM 2.85**
*Postkarten-Kunstkalender 1950* **DM 1.80**
Buchhandlung
*Wilhelm Bell jr., Halver*

---

*Das stets willkommene Geschenk*

**Ein gutes Buch**

Romane:

| | |
|---|---|
| Theodor Fontane, Effi Briest | 2,85 |
| Bernd Becker, Der König vom Vogelsberg | 5,80 |
| Gustav Schraer, Heimat wider Heimat | 7,85 |
| Margaret Mitchell, Vom Winde verweht | 19,80 |
| R. Herzog, Das Abenteuer | 4,80 |
| R. Herzog, Die vom Niederrhein | 4,80 |
| R. Herzog, Die Wiskottens | 4,80 |
| Sudermann, Der Katzensteg | 6,80 |
| Konrad Telman, Unter den Dolomiten | 3,— |
| E. Zahn, Der Weg hinauf | 5,85 |
| W. Schaferdiek, Matthias Tobias | 5,80 |
| Selma Lagerlöf, Gösta Berling | 4,80 |
| Karl Kluge, Die Zaubergeige | 8,— |
| Liesa Gast, Junge Mutter Randi | 4,85 |
| Klaus E. Börner, Ursula | 3,60 |
| Jakob Wassermann, Das Gänsemännchen | 15,— |
| Hrsanys, Ungarische Rhapsodie | 19,80 |
| Elbertshagen, Die Brückensymphonie | 7,80 |

Jugendschriften
Bilderbücher - Malbücher i. groß. Auswahl
Nicht vorrätige Bücher werden zu Originalpreisen schnellstens besorgt.

*Buchhandlung Wilh. Bell jr.*
HALVER